

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Cornelia Pieper, Jürgen Türk, Jörg van Essen, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Walter Hirche, Gudrun Kopp, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.**

### **zur Abgabe einer Regierungserklärung des Bundeskanzlers zum Stand der Deutschen Einheit**

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Mauerfall am 9. November 1989 war das Ergebnis einer langen Entwicklung. Er war der spektakuläre Erfolg selbstbewusst gewordener Menschen in Ostdeutschland, die ihren politischen Willen in verschiedenen oppositionellen Aktivitäten über Jahrzehnte hinweg geäußert und immer offener gefordert haben. Mit der Montagsdemonstration am 9. Oktober 1989 sprang der Funke in Leipzig über. Hunderttausende Ostdeutsche fanden sich zu friedlichen Demonstrationen auf der Straße zusammen im Willen, eine Diktatur abzuschaffen, die die Bürger ihrer Freiheit beraubte, die jeden Schritt vorschrieb, kontrollierte und Machtmittel einsetzte, ihn zu unterdrücken. Sie wandten sich gegen eine Partei, die Entmündigung und Bevormundung des Bürgers als oberstes Ziel verfolgte.

Bereits 1988 zeichnete sich der politische und wirtschaftliche Bankrott der DDR ab, ohne dass ein Änderungswille der Regierenden erkennbar war. Ohne den Mut der Ostdeutschen und ihren unbedingten Willen zur Demokratie wäre die Vereinigung Deutschlands nicht möglich geworden. Sie waren geprägt von der Idee der Freiheit und Gerechtigkeit. In den vergangenen 40 Jahren haben sie Maßgebliches geschaffen, das zur Basis des wirtschaftlichen Ausbaus Ostdeutschlands geworden ist. Die Erfolge beim Aufbau Ost in den vergangenen 10 Jahren sind auf die Leistung aller Deutschen zurückzuführen.

Wir sind aber noch nicht am Ziel. Vieles muss noch getan werden. Indiz dafür ist die überproportional hohe Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland, das Fehlen ausreichender mittelständischer Strukturen als Basis für den dringend notwendigen Wirtschaftsaufschwung und daher das im Vergleich zu Westdeutschland durchschnittlich niedrigere Lohnniveau.

Ziel des vereinten Deutschlands bleibt die Vollendung der inneren Einheit sowie die Angleichung der Lebensverhältnisse in West- und Ostdeutschland.

II. Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung legt jedes Jahr zum Tag des Mauerfalls als dem eigentlichen Beginn der Deutschen Einheit anstelle eines Berichtes zum Stand der Deutschen Einheit einen

**Bericht zur Lage der Nation im wiedervereinten Deutschland**

vor. Dabei sollen nicht nur ökonomische Aspekte im Mittelpunkt stehen, sondern insbesondere die Vollendung der inneren Einheit, die außenpolitische Situation des vereinigten Deutschlands sowie die Angleichung der Lebensverhältnisse.

Berlin, den 9. November 1999

**Cornelia Pieper**

**Jürgen Türk**

**Jörg van Essen**

**Hans-Michael Goldmann**

**Joachim Günther (Plauen)**

**Walter Hirche**

**Gudrun Kopp**

**Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**